

**Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung:
Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz**

Das deutsche Afghanistan-Engagement ist Teil einer gemeinsamen Anstrengung der internationalen Gemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 folgte Deutschland dem Aufruf des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der die Situation in Afghanistan als Bedrohung für den Weltfrieden qualifizierte. Das Ziel unserer Anstrengungen ist mehr Sicherheit für Deutschland durch die langfristige Stabilisierung Afghanistans. Ein stabiles Afghanistan, das Terroristen keinen Rückzugsraum wie vor dem 11. September 2001 bietet, in dem die afghanische Verfassung Geltung besitzt, in dem staatliche Organe die Sicherheit und die grundlegenden staatlichen Dienstleistungen garantieren können, bedeutet für die ganze Region, aber auch für die Menschen in Deutschland und Europa einen Zugewinn an Sicherheit. Mit Beginn seines Engagements für Afghanistan hat Deutschland 2001 Verantwortung gegenüber all den Afghaninnen und Afghanen übernommen, die kein zurück zu den Schrecken der Taliban-Herrschaft mehr wollen.

Seitdem engagiert Deutschland sich im zivilen Wiederaufbau Afghanistans und seiner militärischen Absicherung. Als Mitglied der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und als Freund und Partner Afghanistans stellt sich Deutschland der Verantwortung, zu Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung des Landes beizutragen.

Die Bundesregierung hat die Londoner Konferenz mit angestoßen. Sie ist die entscheidende Wegmarke für die "Übergabe in Verantwortung". Die internationale Gemeinschaft und die afghanische Regierung werden in London verbindliche Ziele für Fortschritte in den Bereichen Entwicklung, Regierungsführung und Sicherheit vereinbaren. Diese Ziele und Zeitlinien werden eine Strategie festlegen, mit der die internationale Gemeinschaft die Verantwortung für das Schicksal Afghanistans Schritt für Schritt weiter in die Hände der Afghaninnen und Afghanen legt.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, in den nächsten vier Jahren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit einer schrittweisen Rückführung der militärischen Präsenz begonnen werden kann. Wir sind uns dabei bewusst, dass die Präsenz unserer zivilen Wiederaufbauhelfer in Afghanistan wesentlich länger notwendig bleiben wird als die Präsenz der Bundeswehr.

I. Wo stehen wir?

Eine ehrliche Bestandsaufnahme ergibt eine gemischte Bilanz unseres Engagements in Afghanistan. Uns wird immer wieder bewusst, dass es uns noch nicht gelungen ist, in allen Bereichen den erhofften Fortschritt zu erzielen. Afghanistan versorgt noch immer rund 90 Prozent des Weltmarktes für Opium. Im letzten Jahr hat sich die Sicherheitslage erneut verschlechtert.

Diese Entwicklung beweist: Das Tempo bei der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte ist trotz aller Erfolge noch nicht ausreichend. Und es besteht die dringende Notwendigkeit, eine politische Lösung für die Reintegration und Versöhnung von und mit Aufständischen auf der Grundlage der afghanischen Verfassung anzustreben. Schwierigkeiten gibt es weiterhin bei der Konsolidierung der staatlichen Strukturen in den Provinzen, bei der Regierungsführung und der Bekämpfung der Korruption. Das hindert nicht nur uns daran, die Verantwortung für den Wiederaufbau auf die afghanische Regierung zu übertragen. Es beschädigt auch das Vertrauen der Afghanen in ihren Staat und ihre Regierung und stützt indirekt die Position der Aufständischen.

Wir haben seit 2002 aber auch viel erreicht. In Gesundheitsversorgung, Grundschulbildung oder Stromversorgung konnte ein Stand erreicht werden, der in Afghanistan in den letzten Jahrzehnten undenkbar war. Deutschland ist der drittgrößte bilaterale Geber. Gerade in unserem besonderen Verantwortungsgebiet in Nordafghanistan können wir in Grundbildung, Infrastruktur und im Institutionenaufbau Erfolge unseres Engagements vorweisen:

- Über das nationale Bildungsprogramm (EQUIP) haben wir zum Bau von rund 2000 Schulen beigetragen. Damit sind ca. 11000 neue

Unterrichtsräume entstanden für rund 25.000 Lehrerinnen und Lehrer und ca. 500.000 Schülerinnen und Schüler. Landesweit gehen heute 6,5 Mio Kinder zur Schule, fünf mal soviel wie zu Zeiten der Taliban, davon 35% Mädchen.

- Mit unserem Beitrag in Höhe von 15 Mio. Euro haben wir zur Zahlung der Gehälter von rd. 300.000 Lehrerinnen und Lehrern sowie Richterinnen und Richtern beigetragen.
- In der beruflichen Bildung unterstützt die Bundesregierung die Rehabilitierung der technischen Schulen Kabul, Kandahar, Khost sowie den Neubau einer Berufsschule in Tarin Kowt. Allein am Technikum Kabul können nach Erweiterung des Lehrbetriebs 2.300 Jugendliche ausgebildet werden. Die Schule in Kandahar wird nach Wiederaufbau Kapazität für 600 Auszubildende haben.
- Durch Gesundheitsprojekte in Nordafghanistan konnten seit 2006 über 750.000 Patienten behandelt werden, darunter besonders viele Mütter und Säuglinge in so genannten „Baby Care Centres“.
- In Nordafghanistan wurden allein mit deutscher Hilfe über 600 Kilometer Straße und zahlreiche Brücken gebaut.
- Mit Einkommen schaffenden Maßnahmen, Lieferungen von Wassertanks und Saatgut sowie Bewässerungsvorhaben wurden über 250.000 Haushalte in Nordafghanistan erreicht.

Dies sind Fortschritte, die auch für viele Afghanen spürbar sind, wie jüngste Umfragen deutlich gemacht haben. Über 70 Prozent der Afghaninnen und Afghanen blicken optimistisch in die Zukunft. Ebenso viele geben an, in den letzten 12 Monaten hätten sich ihre Lebensverhältnisse verbessert. Ein großer Teil ihrer Hoffnungen richtet sich auf uns.

Auch die Bundeswehr hat seit 2002 einen entscheidenden Beitrag geleistet, zunächst in Kabul, später im Rahmen von ISAF durch Übernahme der Verantwortung für die Nordregion. Mit bis zu 4500 Soldaten stellt Deutschland das drittgrößte Kontingent der internationalen Unterstützungstruppe ISAF. In der Polizeiausbildung steuert das deutsche Polizei-Ausbildungsteam das nach den USA zweitgrößte bilaterale Programm. Mittlerweile wurden über 30.000

afghanische Polizisten ausgebildet. Die Bundeswehr hat die Ausbildung und Einsatzfähigkeit der afghanischen Streitkräfte durch ein Mentor- und Trainingsprogramm entscheidend angehoben. Die inzwischen 97.200 afghanischen Soldaten nehmen heute an 90% aller ISAF-Operationen teil. 62% der Operationen werden bereits durch sie geführt.

Afghanistan kann nur unter Einbeziehung seiner Region, insbesondere seines Nachbarn Pakistan, stabilisiert werden. Die Bundesregierung hat aus diesem Grund von Anfang an ihre Aufmerksamkeit auf die Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit sowie die Stabilisierung Pakistans gerichtet. Die Gebiete entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze stehen dabei besonders im Blickpunkt.

II. Der Weg nach vorne

Wir wollen unser Engagement für Afghanistan auf der Basis von drei Zielen fortsetzen und ausbauen:

Eigenverantwortung:

Mit seiner Amtsantrittsrede hat Präsident Karzai größere afghanische Eigenverantwortung in fünf Schlüsselbereichen angekündigt: Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, Regierungsführung, Reintegration und im Kampf gegen Korruption und Klientelismus. Die afghanische Regierung hat hierzu inzwischen detaillierte Planungen vorgelegt. Es gilt nun, sie beim Wort zu nehmen. Wir werden unser weiteres Handeln mehr als zuvor auf die Stärkung der afghanischen Eigenverantwortung richten. Nur so können wir unser Ziel einer Übergabe in Verantwortung erreichen.

Konzentration auf das Wesentliche:

Ziviler Wiederaufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte sind die zwei Schwerpunkte, auf die wir unsere Ressourcen konzentrieren müssen. Zudem muss unsere Hilfe sichtbar und fühlbar bei den Menschen in Afghanistan ankommen. Nur so kann es gelingen, das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierung zu erhöhen. Insbesondere die ländliche Bevölkerung und die Jugend brauchen Zukunftsperspektiven, die sie gegen Radikalisierung durch die Taliban

immunisieren. Priorität muss die Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

Bessere Koordinierung:

In der Vergangenheit litten Entwicklung und Wiederaufbau an mangelnder Schwerpunktsetzung auf afghanischer Seite und mangelnder Koordinierung auf Seiten der internationalen Gemeinschaft. Die Einrichtung des Gemeinsamen Koordinierungsrates (Joint Coordination Monitoring Board) sowie die Ausarbeitung der nationalen afghanischen Entwicklungsstrategie erbrachten Fortschritte. Der von Präsident Obama eingeleitete und von Deutschland aktiv unterstützte Strategiewechsel sowie die von Präsident Karzai nach seiner Wiederwahl eingeleiteten Initiativen schaffen die Grundlage, gemeinsame Prioritäten zu entwickeln, Bemühungen zu bündeln und auf die entscheidenden Herausforderungen auszurichten.

Gelingt es in den Kernbereichen Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung schneller Fortschritte zu erzielen, sind ehrgeizige Zeitlinien realistisch: der Einstieg in eine schrittweise Übergabe der Verantwortung bei Wiederaufbau und Sicherheit ab 2010 sowie die auch von Präsident Karzai angekündigte Übernahme der vollständigen Sicherheitsverantwortung bis 2014. Auf diesem Weg wollen wir Präsident Karzai nach Kräften unterstützen. Dies setzt allerdings in London klare und belastbare Selbstverpflichtungen der afghanischen Seite wie auch eine umfassende zivil-militärische Strategie der internationalen Gemeinschaft voraus.

III. Die Londoner Konferenz

Die Londoner Konferenz wird in Kernbereichen wichtige Entscheidungen treffen. Sie sollen den Beginn einer Übergabe in Verantwortung ermöglichen:

1. Die afghanische Regierung verpflichtet sich zu konkreten Verbesserungen bei Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung, darunter zum Aufbau unabhängiger Anti-Korruptionsbehörden, zu mehr Transparenz in Finanzfragen einschließlich externer Evaluierung und zu einer Präzisierung ihres Entwicklungsplans. Damit geht die afghanische Regierung deutlich über frühere Ankündigungen hinaus.

2. Wiederaufbau und Entwicklung werden stärker auf die von der afghanischen Regierung als prioritär erkannten Bereiche Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Bildung, Ausbildung und Kapazitätsaufbau sowie Infrastruktur (Wasser, Transport, Energie) ausgerichtet.
3. Die internationalen Truppensteller und die afghanische Regierung vereinbaren einen Übergangsprozess, der Schritt für Schritt zu voller afghanischer Sicherheitsverantwortung führt. Der Prozess soll noch in diesem Jahr mit den sicheren Regionen des Landes beginnen. Damit soll auch eine Intensivierung der Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee einhergehen, deren Zielgröße auf 134.000 (einschließlich etwa 20.000 Gendarmerie) bzw. 171.600 bis Oktober 2011 festgesetzt wurde.
4. Die internationale Gemeinschaft erklärt sich bereit, Bemühungen zur politischen Lösung in Afghanistan zu unterstützen, insbesondere die Schaffung eines Fonds zur Reintegration Aufständischer. Der Fonds soll ein von der afghanischen Regierung entworfenes und geleitetes Reintegrationsprogramm finanzieren und von der internationalen Gemeinschaft gemeinsam mit der afghanischen Regierung verwaltet werden. Das Reintegrationsprogramm wird spätestens auf der bevorstehenden Konferenz im Frühjahr in Kabul finalisiert. Das Instrument soll das von Präsident Karzai bei seiner Amtseinführung erneuerte Gesprächsangebot an die Aufständischen untermauern.
5. Die Teilnehmer der Londoner Konferenz unterstützen Initiativen zur regionalen Stabilisierung. Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Handel zwischen Afghanistan, Pakistan und seinen Nachbarn zu fördern und die grenzüberschreitende Versorgung bewaffneter aufständischer und krimineller Gruppierungen zu unterbinden. Im Mittelpunkt wird insbesondere das Ergebnis des regionalen Gipfels am 26. Januar in Istanbul stehen.

IV. Verstärkung des deutschen Engagements

Die Bundesregierung wird im Lichte der Ergebnisse der Londoner Konferenz ihre Afghanistan-Politik anpassen. Grundlage ihres Handelns bleibt die bisherige Strategie der vernetzten Sicherheit bei Konzentration der Anstrengungen im Norden. Die „Übergabe in Verantwortung“ wird die Bundesregierung über verstärkte Anstrengungen in der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, einschließlich eines neuen Ansatzes des „Partnering“ (mehr Präsenz in der Fläche zusammen mit den afghanischen Sicherheitskräften) sowie in eine Entwicklungsoffensive im Norden Afghanistan realisieren. Hierfür hat sie einen Entwicklungsplan für den Norden erarbeitet. Ihr verstärktes Handeln knüpft die Bundesregierung an deutliche Fortschritte in der afghanischen Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Verwaltungsreform u.a.m.. Im Rahmen der erfolgreichen Umsetzung unseres Neuansatzes beabsichtigen wir, einzelne Fähigkeiten, die nicht mehr benötigt werden, ab Ende 2011 zu reduzieren. Damit können dann ab diesem Zeitpunkt gegebenenfalls auch der Gesamtumfang unserer Truppen und die Mandatsobergrenze abgesenkt werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt, nach der Londoner Konferenz dem Deutschen Bundestag nachfolgende Vorhaben zur Beratung zu präsentieren:

- **Verdopplung der Mittel für den zivilen Aufbau:**

Die Bundesregierung strebt an, ab 2010 die jährlichen Mittel für den zivilen Aufbau von 220 Mio. EUR auf 430 Mio. Euro etwa zu verdoppeln und bis 2013 zu verstetigen und mit Verpflichtungsermächtigungen zu versehen.

- **Wiederaufbau und Entwicklung:**

Die Bundesregierung investiert in eine „Entwicklungsoffensive“ für Nord-Afghanistan. Dazu werden wir die zivile Hilfe signifikant erhöhen, um mehr Wirksamkeit in der Fläche zu erzielen. Mit Wiederaufbau und Entwicklung ermöglichen wir eine positive Dynamik in sicheren Distrikten. Damit entstehen auch Anreize für eine Stabilisierung in unsicheren Gebieten.

Wir möchten gleichzeitig erreichen, dass die Hilfe schneller und direkter bei den Menschen vor Ort ankommt. Deshalb werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Nähe der Hilfe zur örtlichen Bevölkerung und ihren traditionellen Repräsentanten richten, unter anderem mit gezielter Unterstützung für die

Provinz- und Distriktverwaltungen. Wir wollen die afghanische Regierung in die Lage versetzen, die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung nach Sicherheit, nach Gesundheit, nach Bildung, nach Verkehrswegen und nach einem funktionierenden Rechtsstaat zu erfüllen. Nur wenn wir es gemeinsam mit unseren afghanischen Partnern schaffen, leistungsfähige, legitime und bürgerorientierte staatliche Strukturen aufzubauen, können wir langfristige Stabilität und Entwicklung in Afghanistan erreichen.

Folgende konkrete Ziele des entwicklungspolitischen Engagements in unseren Schwerpunktprovinzen Nord-Afghanistans – Kunduz, Takhar, Badakhshan, Baghlan und Balkh – haben wir uns für die nächsten Jahre gesetzt:

1. Mehr Einkommen und Beschäftigung über die Ausweitung von Programmen zur ländlichen Entwicklung. Von heute ca. 1,3 Mio. Menschen (30% der Bevölkerung im Norden) wollen wir bis 2013 drei Mio. Menschen – rund 75% der Bevölkerung der fünf Schwerpunktprovinzen – damit erreichen.
2. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als Basis für wirtschaftliches Wachstum und bessere Sicherheit: Mit zusätzlichen 700 Km ganzjährig nutzbaren Straßen wollen wir ländliche Gebiete mit den Provinz- und Distriktzentren verbinden.
3. Bessere Energie- und Trinkwasserversorgung in allen fünf Provinzhauptstädten und in der Hälfte der Distrikthauptstädte. Statt heute 900.000 Menschen (ca. 22% der Bevölkerung im Norden) sollen bis 2013 zwei Mio. Menschen (50%) dazu Zugang haben.
4. Besser ausgebildetes Lehrpersonal und geeignete Schulen für weitere 500.000 Schülerinnen und Schüler; dies wären rund 60% aller Schülerinnen und Schüler unserer Schwerpunktprovinzen, statt heute nur 25%.

- **Reintegration:**

Ziel des unter afghanischer Verantwortung stehenden Reintegrationsprogramms ist es, Aufständische, die weniger aus ideologischen als aus wirtschaftlichen Überlegungen kämpfen, wieder für die Gemeinschaft zurückzugewinnen. Grundlage muss die afghanische Verfassung sein. Im Kern besteht das Programm aus einem Ausbildungs- und Beschäftigungspaket. Mit

Ausbildung, gerade im ländlichen Raum, die zu besseren Erträgen in der Landwirtschaft führt, und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter für Infrastrukturprojekte kann die afghanische Regierung den integrationsbereiten Aufständischen eine echte, langfristige Perspektive bieten. Die Bundesregierung will dabei sicher stellen, dass es keine finanziellen Vorableistungen gibt, sondern nur bezahlte Arbeit oder Ausbildung. Sie wird ebenfalls darauf achten, dass nicht nur einzelne ehemalige Aufständische von den Maßnahmen profitieren, sondern in geeigneter Form jeweils die ganze Dorfgemeinschaft. Das Gesamtvolumen des Programms soll voraussichtlich zunächst 500 Mio. USD (ca. 350 Mio. EUR) auf fünf Jahre betragen. Falls die Voraussetzungen erfüllt sind, will die Bundesregierung zu dem Fonds 50 Mio. EUR (ca. 70 Mio. USD) beitragen. Bei der Folgekonferenz in Kabul werden die Einzelheiten gemeinsam mit der afghanischen Regierung festgelegt.

- **ISAF-Mandat:**

Die von den VN beauftragte ISAF wird den Schutz der Bevölkerung noch mehr in den Mittelpunkt stellen und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte deutlich intensivieren, damit diese immer mehr selbst die Verantwortung übernehmen können. Auch im Militärischen wird die Bundesregierung ihre Anstrengungen weiter auf den Norden konzentrieren. So wird die Bundeswehr für die Ausbildung des künftig aus drei Brigaden bestehenden 209. ANA Korps verantwortlich bleiben. Für dessen zügige Ausbildung sowie für einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung, aber auch unserer zivilen Aufbauhelfer werden drei Ausbildungs- und Schutzbataillone benötigt. Eines wird von unseren skandinavischen Partnern gestellt werden, der Aufbau der zwei weiteren ist von Deutschland als Führungsnation in Nordafghanistan zu verantworten.

Die beiden Bataillone werden nicht vollständig zusätzlich zu den heute vorhandenen Kräften aufgestellt. Vielmehr werden die Quick Reaction Force (QRF) in Mazar-e-Sharif und die Einheiten in Kunduz umgegliedert und, wo erforderlich, verstärkt. Damit einher geht die Auflösung der QRF, so wie wir sie heute kennen. Dadurch erfolgt eine Schwerpunktverlagerung von dem gegenwärtig eher offensiven Vorgehen der QRF zu einer grundsätzlich defensiven Ausrichtung auf Ausbildung und Schutz.

Mit dieser Umstellung werden wir den Anteil der Soldaten, die im Bereich der

Ausbildung und des Schutzes eingesetzt sind, von ca. 280 auf rund 1400 signifikant erhöhen. Wir wollen ab März mit der Umsetzung beginnen, die volle Wirksamkeit dieser Verstärkungen wird aber erst im Sommer 2010 erreicht werden.

Aufgrund dieser Optimierung kann zwar der Kern dieser zwei noch benötigten Ausbildungs- und Schutzbataillone gebildet werden, zusätzliche Kräfte sind aber erforderlich. Darüber hinaus werden wir mit weiteren Soldaten die Führungskapazitäten des unter deutschem Kommando stehenden Regionalkommandos Nord verbessern müssen, auch um die zusätzlichen US-Soldaten führen zu können, die dem dortigen deutschen Kommandeur künftig unterstellt werden sollen. Des Weiteren wird die Bundeswehr den nötigen Schutz für die hinzukommenden Polizeiausbilder stellen sowie die Polizeiausbildung durch Feldjäger unterstützen.

Und schließlich gilt es, zusätzliche Kräfte für die Nutzung neuer Systeme einzuplanen, die den Schutz unserer Soldaten noch weiter verbessern sollen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen will die Bundesregierung vorbehaltlich der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestags das ISAF-Mandat der Bundeswehr um 500 Soldatinnen/Soldaten für Ausbildung, Mentoring und Schutz sowie für Führungsleistungen erhöhen. Insbesondere zur Vorbereitung und Absicherung von Wahlen, für die Einführung neuer Systeme, für Kontingentwechsel sowie unvorhersehbare Lageänderungen ist eine Personalreserve von weiteren 350 Soldatinnen/Soldaten vorgesehen. Einsätze unter Rückgriff auf die Personalreserve erfolgen jeweils zeitlich begrenzt nach entsprechender Befassung des Verteidigungsausschusses.

Die aufgeführten Maßnahmen würden zu einem Haushaltsmehrumsatz von ca. 275 Mio. EUR p.a. führen. Bei Umsetzung dieser Planungen strebt die Bundesregierung unter den jetzt bekannten Voraussetzungen an, die Übergabe der Verantwortung in einzelnen Distrikten in Nordafghanistan bereits im 1. Halbjahr 2011 einzuleiten.

- **Aufbau der afghanischen Polizei (ANP):**

Zurzeit arbeiten 123 Polizeiberater aus Bund und Ländern im bilateralen Projekt. Die Bundesregierung wird die Zahl der Polizisten dort bis Mitte 2010 auf

200 erhöhen. In von Deutschland finanzierten Polizeizentren in Mazar-e-Sharif (600 Plätze, Ausbildung läuft bereits), Kunduz (200 Ausbildungsplätze, Beginn: März 2010), Feyzabad (100 Plätze, Ausbildung läuft bereits) und Kabul (100 Ausbildungsplätze, Beginn: April 2010) können jährlich ca. 5000 afghanischen Polizisten aus- und fortgebildet werden. Daneben finanziert die Bundesregierung zusätzliche Polizeinfrastruktur (Fertigstellung der Außenstelle der Polizeiakademie in Mazar-e-Sharif (geplant Herbst 2010); Fertigstellung der Grenzpolizeifakultät in Kabul (geplant Frühjahr 2010); Fertigstellung Gebäude Verkehrspolizei Kabul (geplant Frühjahr 2010)).

Durch das über 11 Monate laufende Programm „Focused District Development“ werden ca. 2.500 afghanische Polizisten in 40 Distrikten im Norden von Afghanistan qualifiziert, für die eigene Sicherheit ihres Distrikts zu sorgen. Dazu werden bis Ende 2012 rund 50 zivilmilitärische Police Mentoring Teams gemeinsam eingesetzt. Mit dem Aufbau eines afghanischen Trainerpools sollen 500 Polizeilehrkräfte bis Ende 2012 ausgebildet werden. Nach der Ausbildung soll eine Nachbetreuung der Ausbilder durch die deutschen Trainer eine gute effektive Lehrtätigkeit sicherstellen. Sukzessive übernehmen die afghanischen Ausbilder eigenständig die Aus- und Fortbildung in den deutschen Trainingsstätten (PTCs).

Die Zahl der deutschen Experten der ESVP – Mission EUPOL Afghanistan wird die Bundesregierung von derzeit 45 auf 60 bis Februar 2010 erhöhen. Die Bundesregierung setzt sich zudem für eine Mandatsanpassung von EUPOL - dessen Aufgabe sich derzeit im Kern auf eine Beratung des Leitungsbereichs auf Provinzebene konzentriert – ein, damit auch EUPOL sich mehr in Aus- und Fortbildung engagieren kann und eigene Projektmittel erhält.

Es gibt weder einen bequemen noch einen ungefährlichen Weg zur Stabilisierung Afghanistans. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, mit dieser Strategie und dem vorgeschlagenen Ansatz ihrer Verpflichtung für die Sicherheit Deutschlands gerecht zu werden.